

Protokoll der 9. Sitzung

**Dienstag, 5. April 2016, 19.30 - 21.10 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Martin Gysi, Präsident

Protokollführerin

Sonja Büchli, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

Michel Huggler
Heidi Niedermann

Präsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Entschuldigt ist Donovan Wyrsch.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Reorganisation des Planungsverbands der Region Aarau (PRA) - Zustimmung zu den neuen Satzungen

(Botschaft des Gemeinderats vom 16. Februar 2016)

Frau Maja Frey, Mitglied der FGPK (erläutert ihren Vortrag mit einer Präsentation): Der PRA besteht im Moment aus 18 Gemeinden (Aargauer und Solothurner Gemeinden rund um Aarau) mit rund 90'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der Geschäftssitz des Planungsverbands ist in Aarau. Er wirkt als wichtiger Verbindungsträger zwischen dem Kanton und den Gemeinden, fördert die Zusammenarbeit in der Region und koordiniert verschiedene Projekte. So werden unter anderem wichtige gemeindeübergreifende Entwicklungen diskutiert, dazu Stellung genommen, Grundlagen ausgearbeitet, Empfehlungen abgegeben sowie Beratungen und andere Dienste für einzelne Gemeinden angeboten. Die Grundlagen dienen dem Kanton wiederum um neue gesetzliche Grundlagen zu erstellen. Einzelne Gemeinden werden durch diesen regionalen Entwicklungsträger entlastet, da sie nicht selber das nötige Knowhow aufbauen müssen. Der Planungsverband besteht seit rund 60 Jahren. Die Satzungen sind aus den 80er Jahren. Um weiterhin die heutigen Entwicklungen zu fördern, braucht es zeitgemässe Anpassungen der Satzungen. Es besteht der jahrelange Wunsch, dass alle Gemeinden aktiv involviert sind und Mitverantwortung tragen. Deshalb hat der Vorstand des PRA die Satzungen neu überarbeitet. Die Abgeordnetenversammlung stimmte am 3. Dezember 2015 zu. Wesentliche Veränderungen des Planungsverbands der Region Aarau sind:

- Neuer Name: AARAU REGIO (alt Planungsverband Region Aarau PRA).
- Organisation der Versammlungen: Neu grosser Vorstand, mehrheitlich bestehend aus Gemeindeammänner jeder Gemeinde (alt Abgeordnetenversammlung mit 2 Gemeindevertretern). Die Geschäftsstelle bleibt in Aarau. Neu gibt es einen Ausschuss, bestehend aus drei Personen: Präsident, Vizepräsident und Person aus einer kleinen Gemeinde, damit auch diese gut vertreten sind. Dieser Ausschuss ist für die operative Führung zuständig und vertritt den Verband nach aussen.
- Abstimmungsverfahren: Neu zählt die Mehrheit der anwesenden Mitglieder (alt Einstimmigkeit aller Verbandsgemeinden). Es gibt eine Verteilung der Stimmkraft nach Grösse der Wohngemeinde. Buchs erhält 2 Stimmen.

Sobald die Gemeinde Buchs, wie auch alle anderen Gemeinden zugestimmt haben, wird sich nach Ablauf der Referendumsfrist der neue Vorstand zur ersten Sitzung treffen. Dort werden die neuen Ausschussmitglieder gewählt, die Entschädigung für Mitglieder von Vorstand und Ausschuss festgelegt und die neuen Satzungen umgesetzt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), die Satzungen des Planungsverbands der Region Aarau, welchen die Abgeordnetenversammlung am 3. Dezember 2015 zugestimmt hat, seien zu genehmigen.

Diskussion

Frau Claudia Lupoli: Wir von der FDP Fraktion finden die überarbeiteten Satzungen zeitgemäss und sinnvoll. Wir haben dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Herr Hans Hartmann: Ich bin gegen diese Reorganisation. Die Demokratie wird abgebaut. Auf der Folie sieht man, die Abgeordnetenversammlung (Parlament) wird durch einen Vorstand (Exekutive) ersetzt. Ich verstehe was der Gemeinderat möchte. Es ist umständlich, zusätzlich geeignete Mitglieder, die nicht im Gemeinderat sind, zu finden (bisher so in den Satzungen vorgeschrieben). Rein von der Struktur ist die Reorganisation nicht mehr demokratisch abgestützt. Ein wichtiger Punkt ist die Einstimmigkeit, welche aufgehoben wird. Wir werden je nach dem in Zukunft etwas übernehmen müssen, was wir gar nicht möchten. Natürlich gibt es ein Vetorecht. Aber wenn nur Buchs sich wehrt, dann wird dies nicht viel nützen. Hier besteht eine Schwierigkeit.

Herr Stefan Worminghaus: Ich kann verstehen, was Hans Hartmann sagt. Damit ich es beurteilen kann, möchte ich wissen, über was der PRA überhaupt bestimmt bzw. welchen Einfluss er auf die Wohngemeinden hat. Das einzige was ich in den letzten Jahren gehört oder in den Zeitungen gelesen habe, ist das Mitspracherecht bei der Buslinienführung.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Artikel 10 der Botschaft, Seite 8. Dort steht, was der neue Verband AARAU REGIO beschliessen soll. Unter a bis d sind die Beschlüsse, welche dem fakultativen Referendum unterstehen, aufgeführt und darunter ist aufgelistet, worüber er abschliessend beschliesst. Antwort und Richtigstellung an Hans Hartmann: Es ist überhaupt kein Demokratieabbau. Heute gibt es einen Vorstand und eine Abgeordnetenversammlung und im Vorstand sind nur wenige Mitglieder der Gemeinden vertreten, welche beim PRA angeschlossen sind. Als ich neu in den PRA gekommen bin, führte das zum Beispiel dazu, dass es zu einer Kampfwahl um den Sitz der Gemeinde Buchs kam. Glücklicherweise gewann ich diese. Doch die Gemeinde, die verloren hatte, war natürlich nicht erfreut. Aus diesen Gründen will man neu alle Gemeinden in den Vorstand einbinden. Alle Gemeinden des Vorstands stimmen, wie dies bisher die Abgeordnetenversammlung getan hat. Das System ist analog zum Abwasserverband. Es gibt auch dort ein Büro, das die Geschäfte vorbereitet. Das Aufheben der Einstimmigkeit ist schon ein jahrelanges Anliegen, bei welchem man jetzt einen Konsens gefunden hat. Die neuen Statuen, welche schon vor langer Zeit erarbeitet wurden, sind durch eine einzige Stimme blockiert worden und konnten deshalb nicht umgesetzt werden. Die Gemeinde, die früher dagegen war, trägt dies nun mit. Der letzte Punkt ist ein ganz wesentlicher Punkt. Dass ein Gremium von aussen in unsere Autonomie eingreift, ist nicht möglich. Der PRA bzw. AARAU REGIO kann keine Beschlüsse fassen, welche die Gemeinde Buchs zu etwas verpflichtet. Wenn der PRA zum Beispiel beschliesst, dass man sich neu mit einem Projekt, welches Einstimmigkeit erfordert, befassen möchte, dann kann eine Gemeinde diesen Vorschlag blockieren. Das will man verhindern. Ob sich alle Gemeinde dann an diesem Projekt beteiligen, ist offen. Ein Beschluss des PRA wird nie zur Folge haben, dass uns etwas aufgezwungen wird. Jede Gemeinde kann eigenständig entscheiden bei einem Projekt dabei zu sein oder nicht.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Dem Einwohnerrat wird beantragt:

Die Satzungen des Planungsverbands der Region Aarau, welchen die Abgeordnetenversammlung am 3. Dezember 2015 zugestimmt hat, seien zu genehmigen.

Dem Antrag wird mit 38 : 1 Stimmen zugestimmt.

Teilrevision des Bauzonen- und Kulturlandplans und der Bau- und Nutzungsordnung; Änderung Neubuchsstrasse

(Botschaft des Gemeinderats vom 26. Januar 2016)

Herr Werner Schenker, Mitglied der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Die TNT Swiss Post AG möchte gerne im Gebiet Neubuchs bauen. In diesem Traktandum geht es nur um die Umzonung einer Parzelle. Wir haben an der FGPK-Sitzung bemerkt, dass schon jahrelange Verhandlungen geführt worden sind und diese Geschichte nicht ganz einfach ist. Dabei ist auch einiges an Emotionen und Strategien zu finden. Ich will mich auf jeden Fall nur an die Fakten halten, muss aber trotzdem in gewisser Weise ausholen. Es geht um Situationen, Standorte, die Entwicklung des geplanten Bauprojekts, Bauauflagen und Einwendungen. Was die Schreiben betrifft, welche ich und die Gemeinde in den letzten Tagen erhalten habe, werde ich mich kurz fassen.

Die Pläne sehen wir in den Unterlagen, sowie auf der Präsentation. Es geht um eine Vorher-Nachher-Situation. Der Antrag des Gemeinderats betrifft ausschliesslich die Parzelle östlich der Neubuchsstrasse. Es geht um eine Neuzuweisung zur Industriezone mit einer Gestaltungsplanpflicht.

Zur räumlichen Situation: Eine Parzelle befindet sich westlich der Neubuchsstrasse, die andere östlich. Die westliche Parzelle ist der heutige Standort der TNT Swiss Post AG. Diese Parzelle ist im Besitz der Lagerhäuser AG und wird an die TNT vermietet. Die TNT hat gewisse Probleme bei der Benutzung dieser Parzelle. Sie möchten expandieren und modernisieren, was zurzeit nicht möglich ist. Die Infrastruktur ist nicht mehr zeitgemäss, es geht um Arbeitssicherheit, welche nicht mehr gewährleistet werden kann. Es sind keine effizienten Arbeitsabläufe möglich und es entstehen unnötige Kosten. Der Platzbedarf auf der Parzelle West ist eingeschränkt. Aufgrund der Verbindungsspanne Nord ist diesem Grundstück ebenfalls Platz entzogen worden. Diese Parzelle ist ebenfalls unterteilt in Gewerbezone und Industriezone. Dies erschwert eine Optimierung dieser Parzelle wesentlich.

Der geplante neue Standort der TNT befindet sich östlich der Neubuchsstrasse. 2014 arbeitete die TNT ein Richtprojekt für die Bebauung aus, welches für einen Vorentscheid nötig ist. Dieses ist zusammen mit einem Investor entstanden. Die Firma Walker Architekten AG hat einen Gestaltungswettbewerb gewonnen und Grünwerk1 Landschaftsarchitektur hat dazu die Umgebung gestaltet. Hier seht ihr grafisch dargestellt die Vorstellung, wie die Parzelle eines Tages genutzt werden könnte. Ein Grünstreifen soll als Sicht- und Lärmschutz für die Bewohner dienen. Im Moment ist dieses Grundstück der Gewerbezone zugewiesen. So wie das Areal von der TNT benützt werden soll, ist dies nicht möglich. Deshalb muss das Grundstück der Industriezone zugewiesen werden. Der Einwohnerrat entscheidet ausschliesslich über diesen Punkt, ob er damit einverstanden ist. Die Zonenzuweisung oder Umzonung hat mit einem konkreten Bauvorhaben der TNT zu tun. Deshalb beschliesst der Einwohnerrat über eine **bedingte** Umzonung. Das heisst, was wir heute beraten, hat nur Bedeutung, solange die TNT am Bauprojekt beteiligt ist, sonst verfällt unser Entscheid. Bisher gibt es ein Vorprojekt der TNT, sowie einen kantonalen Vorprüfungsbericht vom 28. Januar 2015. Darin wurde ein Genehmigungsantrag in Aussicht gestellt. Der Gemeinderat hat entschieden, aufgrund dieses Vorprojektes ein Mitwirkungs- und Einwendungsverfahren durchzuführen. Dies geschah im Februar und März 2015. Dabei hat es zwei Mitwirkungseingaben und sechs Einwendungen gegeben. Die Einwender haben beantragt, auf die Umzonung zu verzichten. Daraufhin gab es Einigungsverhandlungen, dabei sind aber keine Einigungen zustande gekommen. Die Reaktion vom Gemeinderat auf die Einwendungen war, dass man der TNT eine Gestaltungsplanpflicht auferlegte und eine Reduktion der zulässigen Last- und Lieferfahrten bestimmte. Die Anzahl wurde von 400 auf max. 340 Fahrten pro Tag begrenzt. Es ist eine bedingte Umzonung und an dieses Projekt der TNT gebunden.

Gleichzeitig gibt es eine zeitliche Beschränkung, denn es müssen innerhalb von 5 Jahren ernsthafte Bemühungen zur zügigen Realisierung des Vorhabens feststellbar sein. Diese Frist von 5 Jahre würde nach hinten verschoben, wenn ein Rechtsstreit wegen Einsprachen besteht.

In der Zwischenzeit sind mehrere Briefe bei uns allen eingetroffen. Das eine Schreiben ist von der Lagerhäuser Aarau AG vom 23. März 2016 mit einer Voranfrage für die Nutzung der Parzelle West, wo die TNT aktuell platziert ist. In diesem Schreiben bitten sie den Gemeinderat ein Vorprojekt zur Nutzung dieser Parzelle westlich der Neubuchsstrasse zu bewerten. Dem Antwortschreiben des Gemeinderats kann man entnehmen, dass leider eine Stellungnahme des Gemeinderats zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich ist. Ich zitiere: "Der Sachverhalt und die aufgeworfenen Fragen gehen aus Ihrem Dossier leider nicht so klar hervor, als dass der Gemeinderat Ihre Voranfrage beantworten könnte. Wir bitten Sie daher, den Sachverhalt klar und vollständig darzulegen und Ihre Fragen dazu zu formulieren. Das bereinigte und ergänzte Dossier kann danach gerne bearbeitet werden." In diesem Sinn hat dieses Schreiben für die heutige Diskussion wenig Bedeutung. Am 31. März 2016 hat uns nochmal ein Schreiben der TNT erreicht, darin ist zu entnehmen, warum sie auf die Zustimmung des Einwohnerrats für die Umzonung angewiesen sind. Wenn der Einwohnerrat diesem Traktandum zustimmt, gibt es ein Genehmigungsverfahren im üblichen Rahmen. Der Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum. Es gibt eine Publikation und die Möglichkeit zur Einsprache.

Die FGPK hat dieses Geschäft am 16. März 2016 zum ersten Mal besprochen. Danach sind zusätzliche Informationen und Schreiben eingetroffen, sodass von der FGPK gestern nochmals eine ausserordentliche Sitzung einberufen wurde. Aufgrund weiterer Informationen haben wir das Geschäft nochmals sorgfältig geprüft und sind einstimmig zum Schluss gekommen, dieser Umzonung zuzustimmen. Weshalb? Dieses Grundstück kann so oder so überbaut werden, allenfalls mit verschiedenen Gewerbebetrieben - zonenkonform. Stimmen wir der Umzonung zu, können wir uns darauf verlassen, dass es die Gestaltungsplanpflicht gibt und der Gemeinderat Einfluss auf den Bau bzw. deren Gestaltung nehmen kann. Es geht um eine bedingte Umzonung. Wir können die Überlegungen der TNT nachvollziehen. Die Gemeinde Buchs möchte die TNT als Arbeitgeberin in der Gemeinde behalten.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), die Teilrevision des Bauzonen- und Kulturlandplans und der Bau- und Nutzungsordnung "Neubuchsstrasse" sei zu beschliessen.

Diskussion

Herr Jürg Lochinger: Die FDP-Fraktion befürwortet mehrheitlich den Antrag des Gemeinderats. Wir haben dieselben Überlegungen gemacht wie die FGPK. Die TNT Swiss Post AG ist ein Arbeitgeber, der in Buchs beheimatet ist und ein grosser Steuerzahler. Anlässlich der Budgetsitzung haben wir diskutiert, was der Gemeinderat unternehmen soll um Unternehmen nach Buchs zu holen. Die TNT ist hier in Buchs und möchte wachsen, daher denke ich, muss man alles unternehmen, dass dieser Arbeitgeber in Buchs bleibt.

Herr Joel Blunier: Auch die EVP-Fraktion ist klar für diese Umzonung. Natürlich ist es immer schade, wenn ein Stück grüne Fläche verschwindet. Aber man muss sich bewusst sein, dass das Areal Gewerbezone ist und früher oder später überbaut wird. Durch die Lage dieser Parzelle am Rande des Dorfes und neu sehr gut mit dem Autobahnzubringer erschlossen, macht es Sinn, dass ein Logistikkonzert dort beheimatet ist und nicht innerhalb von Buchs. Wir sind der Meinung, dass man dieser Umzonung zustimmen sollte, aber man müsste auch über flankierende Massnahmen nachdenken, z. B. im Sinne eines Lastwa-

genverbots Richtung Gysistrasse/Neubuchsstrasse, damit gewährleistet werden kann, dass kein Lastwagenverkehr durch die Wohnregionen rollt.

Herr Marc Jaisli: Ich rede für die gesamte SVP-Fraktion. In der FGPK-Sitzung sagte jemand, es sei schade, solch kostbares Gewerbeland zu verbrauchen. Wir sehen dies anders. Es geht um die Sicherung von mindestens 300 Arbeitsplätzen und die Sicherung eines sehr guten Steuerzahlers. Die SVP-Fraktion sagt ganz klar ja zu diesem Geschäft. Wir können die Interessen der Lagerhäuser AG auch verstehen. Wir sind der Meinung, dass, falls auch die Lagerhäuser AG mit einem entsprechenden Geschäft an den Einwohnerrat gelangen sollte, wir dieses auch gutheissen würden.

Herr Urs Knecht: Wir von der CVP unterstützen die Teilrevision ebenfalls. Für uns gibt es drei Hauptgründe für ein Ja. 1. Steuereinnahmen: Die intensiven Diskussionen zur Steuerfusserhöhung sind noch nicht lange her, die Nächsten kommen bestimmt. In der Rechnung 2015 fehlen rund Fr. 1.5 Mio. Aktiensteuern gegenüber dem Budget. Die TNT ist einer der grössten Aktiensteuerzahler in Buchs und einer unserer besten Kunden. Gute Kunden müssen gepflegt werden, damit man weiterhin auf die Steuereinnahmen zählen kann. 2. Arbeitsplätze. Es sind 300 Arbeitsplätze, die die TNT anbietet. Arbeitsplätze im Dorf sind attraktiv, locken neue Einwohner an und andererseits profitiert auch das lokale Gewerbe von diesen Arbeitsplätzen. 3. Standort: Optimaler Standort für ein Logistikunternehmen. Wir bitten euch alle diesen Antrag zu befürworten.

Herr Stefan Worminghaus: Wer kann dagegen sein, dass 300 Arbeitsplätze erhalten bleiben, an einem sinnvollen Ort? Für mich gibt es immer noch einige Fragen zu diesem Geschäft. Ich habe von Optimierung, Expansion und Platzbedarf der TNT gehört. Gleichzeitig höre ich von Reduktion der LKW-Fahrten. Es gibt sicher auch besondere Vorschriften, wenn ein Industriebaugeschäft so nahe an ein Gewässer gebaut wird. Dies könnte teuer werden. Was passiert danach mit dem Lagerhäuser AG-Areal? In einem Schreiben gibt es Hinweise, dass man ein Gegenprojekt lanciert und dort ebenfalls ein Logistikcenter aufbauen möchte. Dies bedeutet dann auch nochmals etwas für die Anzahl LKW-Fahrten insgesamt. Weshalb kann man nicht einfach nur diese Gewerbezone im bisherigen Areal in eine Industriezone umzonieren? Wäre dies nicht für alle Beteiligten einfacher?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Grundsätzlich beabsichtigt die TNT Swiss Post AG nicht wesentlich zu expandieren. Sie ist heute in einer nicht mehr den betrieblichen Anforderungen entsprechenden Liegenschaft eingemietet, in der sie nicht konkurrenzfähig arbeiten kann. Dies ist der Hauptgrund. Das ist ein Projekt, mit welchem sich die TNT schon länger befasst. Erste Kontakte gehen auf 2006/2007 zurück. Die Firma war auch immer im Gespräch mit der Gemeinde. Es gab auch Bemühungen, am bisherigen Standort mit dem jetzigen Vermieter Verhandlungen zu führen. Diese sind offenbar gescheitert. Es ist nicht einfach eine Frage der Umzonung. Der Betrieb kann heute im Rahmen der Besitzstandsgarantie dort stattfinden. Es war ein unternehmerischer Entscheid der TNT bzw. des Konzerns, dass sie einen neuen Standort wollen. Bei der Fahrtenreduktion hat man herausgefunden, dass die Berechnungen der Verkehrsplaner nicht stimmen, es wurde ein zu hoher Wert angenommen. Aufgrund der Einwendungen wurde ersichtlich, dass die Berechnungen nicht stimmen. Nicht die Gemeinde hat festgelegt, dass diese Fahrten gesenkt werden müssen, sondern der Kanton. Ich kenne die Absichten der Lagerhäuser AG nicht. Wir werden zu dieser Voranfrage, sobald sie konkret ist, Stellung nehmen. Wie sich das weiterentwickelt, wissen wir nicht.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Dem Einwohnerrat wird beantragt:

Die Teilrevision des Bauzonen- und Kulturlandplans und der Bau- und Nutzungsordnung "Neubuchsstrasse" sei zu beschliessen.

Dem Antrag wird einstimmig mit 36 : 0 Stimmen (3 Enthaltungen) zugestimmt.

Teilrevision des Bauzonen- und Kulturlandplans und der Bau- und Nutzungsordnung; Enthebung der Wuhren als Kulturobjekte

(Botschaft des Gemeinderats vom 16. Februar 2016)

Herr Dimitri Spiess, Mitglied der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Es geht um die Enthebung der Wuhren als Kulturobjekte. Diese Wuhren sind Anlagen, die man in der Landwirtschaft bis anfangs 20. Jahrhundert benutzte um Felder zu bewässern. Insgesamt geht es um drei Wuhren. Die Ausgangslage ist folgende: Seit der ersten Besiedlung des heutigen Gemeindegebiets stellte die Landwirtschaft während mind. 1'000 Jahren einer der wichtigsten Wirtschaftszweige dar. Im 13. Jahrhundert wurde geregelt, wie man die Bewässerungsrechte auf die einzelnen Eigentümer der Felder (Wässermatten) verteilt. Ab Anfang des 20. Jahrhunderts verzichtete man auf die Bewässerung mit den Wuhren und stieg auf modernere und intensivere Methoden um. Das einzige, was aus der damaligen Zeit übrig geblieben ist, sind diese Wuhren. 1997 sind die drei Wuhren, Lochwuhr, Stampfiwuhr und Suhrenmattwuhr mit Einwohnerratsbeschluss als Kulturobjekte aufgenommen worden. Am 11. März 2012 hat die Aarauer Bevölkerung zur "Energienstadt Aarau konkret" ja gesagt. Die IBAarau AG hat darauf ihre Energieplanung ein wenig angepasst und das Engagement in den erneuerbaren Energien ausgebaut. Sie plant mit der neuen Energiestrategie von Aarau insgesamt sechs Kleinwasserkraftwerke an der Suhre. Eines in Muhen, eines in Suhr und vier in Buchs. Die geplanten Kraftwerke können nur gebaut werden, wenn der kommunale Kulturobjektschutz aufgehoben wird. Deshalb beschliessen wir über dieses Geschäft. Die Wuhren sollen durch Kleinwasserkraftwerke ersetzt werden. Die Durchwanderbarkeit für Fische wird mittels Fischtreppen erhöht. Der Hochwasserschutz wird erhöht, indem die Schwellenhöhe gesenkt wird. Ebenfalls gibt es eine gedämpfte Abdeckung zur Lärmreduktion. Ebenfalls ist ein Amphibientümpel an der Wyne geplant (Fabrikkanal Suhr). Man will die früheren Wuhrenzustände visualisieren und bei den neuen Kraftwerken ausstellen. Dieses Projekt hat eine regionale Bedeutung. Der Gemeinderat hat jedoch beschlossen, dass das Aufheben der Kulturobjekte nicht zur Vernehmlassung im regionalen Planungsverband diskutiert werden soll. Es gibt einen kantonalen Vorprüfungsbericht, welchem zu entnehmen ist, dass die Revisionsvorlage rechtmässig ist und dass "Teile der Wuhren zu erhalten geprüft werden muss". Auch bei diesem Projekt gab es ein Mitwirkungsverfahren. Mit dem Aargauer Heimatschutz konnte keine Einigung erzielt werden. Die Einwendung wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Eine mögliche Einigung kann weiterhin im Verlauf des Projektentwicklungs- und des Baubewilligungsverfahrens erzielt werden. Heute fällt der Entscheid des Einwohnerrats Buchs, danach wird der Entscheid mit einer Referendumsfrist und Beschwerdefrist von 30 Tagen im Landanzeiger publiziert. Anschliessend würde der Kanton das Projekt rechtskräftig genehmigen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), die Teilrevision des Bauzonen- und Kulturlandplans und der Bau- und Nutzungsordnung mit folgenden Teiländerungen sei zu beschliessen:

Anpassung betreffend der geschützten Natur- und Kulturobjekte:

Streichung der Objekte Nrn. 113, 114 und 115 im Anhang I der Bau- und Nutzungsordnung und im Bauzonen- und Kulturlandplan der Einwohnergemeinde Buchs.

Diskussion

Herr Tobias Studiger: Ich möchte als Präsident der Umwelt- und Heimatschutzkommission (UHK) dazu Stellung nehmen. Wir wurden vom Gemeinderat im Frühling 2013 um Stellungnahme zu den geplanten Kleinwasserkraftwerken auf Buchser Boden gebeten. In ihrer Sitzung vom 13. März 2013 hat sich die UHK durch Vertreter der IBAarau AG detailliert über die Projekte informieren lassen. In der anschliessenden Diskussion der Kommissionsmitglieder wurde festgestellt, dass die ursprüngliche Funktion der Wuhren kaum noch ersichtlich ist. Die Objekte sind zunehmend baufällig und müssten nächstens saniert werden. Dies kostet uns Geld. Weiter steht fest, dass aus Natursicht die Umgestaltung mit Längsvernetzung der Gewässer sehr zu begrüssen ist und die Ausführung der neuen Kleinwasserkraftwerke den durchgängigen Auf- und Abstieg der Fische ermöglicht (über 30 km). Der Hochwasserschutz wird gewährleistet. Dem Gemeinderat wurde empfohlen, der IBAarau AG den Rückbau und Ersatz der Wuhren zu erlauben. Folgende in der Vorlage enthaltene ergänzende Massnahmen wurden unter anderem empfohlen: Professionelle Dokumentation der Wuhren durch die IBAarau AG (bereits erfolgt) sowie Visualisierungen der früheren Zustände an den neuen Gebäuden anbringen (ist geplant). Der Nutzen der neuen Anlage überwiegt aus Sicht der UHK den Verlust der alten Elemente. Wir empfehlen dem Einwohnerrat die Vorlage anzunehmen.

Auch in der FDP-Fraktion wurde das Thema besprochen. Wir sind geschlossen für die Annahme der Vorlage.

Herr Edi Krebs: Wie viele Einfamilienhäuser können mit dem aus den vier Kleinwasserkraftwerken in Buchs erzeugtem Strom versorgt werden?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Jahresstromversorgung von 2'856 Personen, d. h. 36 % der Einwohner der Gemeinde Buchs oder ca. 714 Haushalte können mit dem gewonnenen Strom versorgt werden.

Frau Maja Frey: Ich hab eine Frage zur Turbine. Ist schon bestimmt, dass Wasserschnecken installiert werden oder kommt auch eine andere Technik in Frage? Ich habe gehört, dass die Fische nicht gerne durch diese Schnecken retour schwimmen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Grundsätzlich gibt es zu sagen, dass wir hier heute nur von der Zonenplananpassung reden. Nachträglich braucht es Bauprojekte, welche erarbeitet werden müssen. Ich nehme an, die Verantwortlichen werden die aktuelle Technik einsetzen. Nach meinem Wissen ist die Schneckenpumpe nach wie vor die beste Variante. Die Projekte haben nicht nur einen energietechnischen, sondern auch einen ökologischen Sinn, indem sie der Längsvernetzung von der Suhre dienen. Aus diesem Grund unterstützte der Kanton das Vorhaben auch von Anfang an.

Herr Urs Füllemann: Zahlt die Gemeinde den Wuhrenabbruch mit?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Für die Gemeinde entstehen keinerlei Kosten. Alle Aufwendungen gehen vollumfänglich zu Lasten der IBAarau AG. Im Zusammenhang mit der Einwendung des Aargauer Heimatschutzes ist zu sagen, dass dieser die Einsprache aufrechterhalten hat. Es haben jedoch Verhandlungen mit der IBA Aarau AG stattgefunden und diese haben in Aussicht gestellt, dass sie im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens bei einem Wuhr möglichst viele der bestehenden Mauern erhalten wollen. Aus diesem Grund will der Heimatschutz das Geschäft nicht weiterziehen.

Herr Andreas Burgherr: Als EVP-Fraktion sind wir dafür, dass man Kleinwasserkraftwerke baut. In dem man die Wuhren geschützt hat, musste man sie auch unterhalten. Was passiert, wenn die Kraftwerke nicht gebaut werden?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: In diesem Zusammenhang haben wir es nicht für notwendig gehalten, hier auch eine bedingte Entlassung vorzuschlagen. Sollte dieses Projekt aus irgendwelchen Gründen nicht realisiert werden, bleiben die Wuhren bestehen. Grundsätzlich ist der Kanton für den Gewässerunterhalt zuständig.

Herr Andreas Burgherr: Die Gemeinde ist nicht für die sicherheitstechnischen Aspekte verantwortlich?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Nein. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Dem Einwohnerrat wird beantragt:

Die Teilrevision des Bauzonen- und Kulturlandplans und der Bau- und Nutzungsordnung mit folgenden Teiländerungen sei zu beschliessen:

Anpassung betreffend der geschützten Natur- und Kulturobjekte:

Streichung der Objekte Nrn. 113, 114 und 115 im Anhang I der Bau- und Nutzungsordnung und im Bauzonen- und Kulturlandplan der Einwohnergemeinde Buchs.

Dem Antrag wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen zugestimmt.

Motion von Dimitri Spiess, SP Buchs, "Austritt aus dem Gemeindeverband Regionale Schiessanlage Lostorf" (wird vom Gemeinderat abgelehnt)

Herr Dimitri Spiess ergänzt die Begründung zu seiner am 18. Januar 2016 eingereichten Motion wie folgt: Ich möchte euch allen ans Herz legen, meiner Motion zuzustimmen. Wir haben bereits gehört, wie es um die Finanzsituation von Buchs steht und wir wissen, dass auf uns bei dieser Schiessanlage Investitionen zukommen. In unserem Staat haben wir die Aufgabenteilung, dass für die Sicherheit der Bund zuständig ist, vor allem für die Armee. Bei dieser Schiessanlage geht es eigentlich um den Erhalt der Wehrfähigkeit der Soldaten. Dies ist für mich eine Aufgabe, welche der Bund übernehmen sollte. Er delegiert jedes Jahr weitere Aufgaben an die Kantone und dieser wiederum an die Gemeinden. Ich finde dies wäre der Moment, wo wir als in den Finanzen angeschlagene Gemeinde den Ball zurückgeben und aus diesem Verband austreten können. Der Kanton bzw. der Bund soll die Infrastruktur für die Wehrfähigkeit der Soldaten selber gewährleisten und finanzieren. Zusätzlich finde ich, dass eine Schiessanlage nicht nur Vorteile für die Gemeinde Buchs mit sich bringt, sondern auch eine Belastung wie Lärm und andere Emissionen. Zudem gibt es bei einer Schiessanlage auch Sicherheitsbedenken von meiner Seite. Wenn man junge Männer und Frauen mit einer Waffe ausbildet und man diese Waffe mit nach Hause nehmen darf, gibt dies auch eine Gefahr für die Gesellschaft. Ich finde als Gemeinde sollte man unsere Gesellschaft und Bevölkerung schützen. Es haben sich in unserer Gemeinde mehrere Vorfälle mit Granaten und um sich schiessenden Leuten ereignet. Das sind Beispiele genug, welche uns bewusst machen soll, dass wir eine grosse Verantwortung haben wenn wir eine Schiessanlage betreiben. Ich bitte euch dieser Motion zuzustimmen.

Antrag

Die Gemeinde Buchs tritt auf den 1. Januar 2017 aus dem Gemeindeverband Schiessanlage Lostorf aus.

Diskussion

Herr Vize-Gemeindeammann Hansruedi Werder: Die Satzungen des Gemeindeverbands Regionale Schiessanlage wurden 1993 vom Regierungsrat verabschiedet. Darin ist auch die Austrittsklausel enthalten. Sie lautet wie folgt: "Der Austritt einer Gemeinde aus dem Verband ist erst nach 50 jährigem Bestehen mit einer Kündigungsfrist von 3 Jahren, auf Ende Jahr, möglich." Also wir können diese Motion gar nicht umsetzen. Ein Austritt wäre im Jahr 2043 möglich, mit 3 jähriger vorgängiger Kündigung.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte den Antrag so bestehen lassen, unter Änderung des Austrittstermins auf den frühestmöglichen Termin, d. h. Austritt im Jahr 2043, mit Kündigung per 1. Januar 2017.

Es wird keine weitere Diskussion gewünscht.

Abstimmung

Die Motion wird mit 32 : 3 Stimmen (4 Enthaltungen) abgelehnt.

Traktandum 6

Eingänge

Es liegen keine Eingänge vor.

Traktandum 7

Verschiedenes

Herr Urs Füllemann: Vor ein paar Jahren habe ich ein Postulat eingereicht betreffend Littering. Ich muss sagen, die Sauberkeit in der Gemeinde Buchs hat sich massiv verbessert. Vor allem bei den Bushaltestellen und Entsorgungsstellen. Was mir immer noch missfällt, dass bei der Post immer noch eine riesige Sauerei herrscht. Ist dies dem Gemeinderat auch schon aufgefallen? Ich weiss, dies ist ein schwieriges Thema, aber diesen Schandfleck sollte man bereinigen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Besten Dank für deinen Dank. Die Mitarbeitenden unseres Werkhofs werden es auch schätzen, dass man die Sauberkeit positiv feststellt. Ich habe die gleiche Feststellung auch schon gemacht. Wir werden mit der Post das Gespräch suchen. Grundsätzlich ist dieses Gebiet Privatareal. Aber es ist effektiv oft eine "Sauerei" dort.

Herr Marc Jaisli: Ich möchte auf die Budgetsitzung vom 18. Januar 2016 zurückkommen. Man konnte lesen, dass wir einen einzigen Sparantrag durchbringen konnten. Es geht um die Planung und Weiterentwicklung des Werkhofs. Drei Wochen nach der Sitzung war ich im Werkhof. Susanna Lehmann war auch anwesend. Der Werkhof ist riesig. Er hat einen grossen Umschwung. Er wird von Matthias Keller mit viel Herzblut hart aber fair geführt. Der Werkhof ist alt. Die Farbe bröckelt ab und es gibt immer grösser werdende Risse in den Wänden. Energetisch ist er auch nicht mehr toll. Ich bin zum Schluss gekommen, es müssen in den nächsten Jahren keine Umbauten/Sanierungen vorgenommen werden. Ich werde mich auch nicht mehr länger damit befassen. Ich habe aber einige Tipps für die Gemeinde. Ich empfehle dem Gemeinderat darüber zu diskutieren, ob man die Blumen nach wie vor selber pflanzen/ziehen soll. Wir haben seinerzeit noch über eine Heckenschere gesprochen in der Budgetdebatte. Ich habe plötzlich in der Diskussion gemerkt, dass es im Werkhof gar keine Heckenschere gibt, sondern bisher eine private verwendet wurde. Ich will auch hier den Gemeinderat anregen sich Gedanken zu machen, ob das Bauamt maschinell und technisch auf dem neusten Stand ist. Als letzten Punkt erwähne ich das neue Strassenreinigungsfahrzeug (oder ist es nur gemietet?). Man könnte beim neuen Strassenreinigungsfahrzeug die weissen Flächen als Werbeflächen gebrauchen, wie dies die Stadt Aarau tut, und damit die Ausgaben für die Heckenschere decken. Matthias Keller hat seine Freizeit geopfert um mir alles zu erklären. Ich wollte Herrn Keller meine Vorschläge und meinen Dank persönlich überbringen, jedoch hat er mir geantwortet, er dürfe nicht mehr politisch mit mir sprechen. Ich lasse dies jetzt so im Raum stehen.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die letzte Aussage von Marc Jaisli möchte ich präzisieren. Es gilt den Dienstweg einzuhalten. Wenn jemand aus dem Einwohnerrat den Werkhof besichtigen möchte, muss er/sie sich bei der Leiterin der Abteilung Bau Planung Umwelt, Susanna Lehmann, anmelden.

Informationen von Gemeindeammann Urs Affolter:

Bärenplatz

Der Gemeinderat konnte sich mit dem Angebot des Investors auseinandersetzen. Grundsätzlich beurteilt der Gemeinderat dieses als gutes Angebot. Es gibt noch Details zu klären. Am 9. Mai 2016 müsste die Botschaft für den Einwohnerrat vom Gemeinderat verabschiedet werden, jedoch weiss ich nicht, ob dies zeitlich ausreicht. Ansonsten kommt das Geschäft im Herbst in den Einwohnerrat. Das Projekt ist nach wie vor aktuell und weit fortgeschritten.

Runder Tisch

Der Gemeinderat möchte einen effizienten Ablauf bei den Genehmigungen der Budgets sicherstellen. Er hat deshalb Vertreter der Parteien zu einem runden Tisch eingeladen. Ein erster runder Tisch unter der Leitung von Gemeinderat Tony Süess wurde bereits durchgeführt. Es folgen zwei weitere. Ziel ist es, ein Konsens mit einer gemeinsamen Stossrichtung zu finden.

Raumentwicklungskonzept REK

Bis Mitte Jahr werden wir das REK abschliessen können. Wir werden das Konzept an einer öffentlichen Informationsveranstaltung präsentieren, so dass nicht nur die Mitglieder des Einwohnerrats, sondern die gesamte Bevölkerung die Informationen dazu erhält.

Dank

Der Präsident dankt Sonja Büchli, Cornelia Byland, Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie Alessia Garani, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 5. April 2016

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Martin Gysi

Sonja Büchli